

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	19
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	203/2022
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	20.05.2022		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Kohlmeyer (S/OB-Klimaschutz)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Förderung Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart e. V.		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 09.05.2022, GRDRs 203/2022, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Verein Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart e. V. erhält in den Jahren 2022 und 2023 für die Erarbeitung einer Ernährungsstrategie für Stuttgart und die Region je eine institutionelle Förderung (Personal- und Sachkostenförderung) in Höhe von bis zu 230.000,00 EUR.
2. Die Deckung erfolgt aus den dafür veranschlagten Mitteln im Teilergebnishaushalt 810 - Bürgermeisteramt, Amtsbereich 8107015 - Referat Strategische Planung und Nachhaltige Mobilität, Kontengruppe 43100 - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Kohlmeyer berichtet im Sinne der angehängten Präsentation von Folie 3 bis 7.

Sie sei dankbar über den zu diesem TOP gefassten Beschluss des Gemeinderats im Doppelhaushalt 2022/2023, Mittel für die Ernährungsstrategie bereitzustellen, betont StRin Munk (90/GRÜNE). Derzeit bestünden in diesem Bereich einzelne verschiedene Gruppen und Initiativen sowie landwirtschaftliche Hofläden, welche längere Zeit in einem kleineren Rahmen agierten. Es sei daher an der Zeit, diese Aktivitäten zu bündeln, um die CO₂-Emissionen zu senken. Das Thema "regionale und saisonale Ernährung" sei zwar wichtig, allerdings sei es breiten Teilen der Bevölkerung nicht bekannt. Daher begrüße sie die geplanten Personalstellen zum Aufbau einer Vernetzung der Aspekte Erzeugung, Vermarktung, Logistik und Verbrauch in Stuttgart. Die Stadt Köln sei in diesem Bereich seit längerer Zeit aktiv und investiere mit 330.000 Euro über einen Zeitraum von zwei Jahren deutlich mehr als die LHS. Qualifiziertes Personal für die Aufgaben sei lediglich über eine gute Bezahlung zu gewinnen. Ihre Fraktion sei überzeugt, dass die Förderung des Ernährungsrats StadtRegion Stuttgart der richtige Weg sei.

StR Sauer (CDU) betont hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Kohlmeyer und StRin Munk, seine Fraktion werde diesem Projekt zustimmen und es begleiten. Sowohl die inhaltliche Ausgestaltung als auch die formale Konzeption der in den letzten Haushaltsplanberatungen beschlossenen Mittel stelle einen klassischen Haushaltsvollzug dar.

Die Fragestellung des Projekts sei absolut relevant, so StR Dr. Jantzer (SPD). Er habe den Ausführungen von Herrn Kohlmeyer entnommen, dass für die Aufgaben noch kein Personal vorhanden sei. Daher könne die Vorlage nicht im Detail debattiert werden. Diese stelle einen ersten Wurf dar, welche lediglich eine erste Struktur und Orientierung gebe. Das Projekt beinhalte ein großes Potenzial an Inhalten, die noch nicht erarbeitet worden seien. Er sei sich nicht sicher, ob die Regionalisierung entscheidend sei. Wichtiger sei die Frage, wie die Stabsstelle arbeite und wie der Klimaschutzaspekt der Landwirtschaft stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung gerückt werden könne. Hinsichtlich der Klimafahrpläne 2045 sei der Landwirtschaftsbereich problematisch. Innerhalb des Klimafahrplans seien keine Zielsetzungen für den Essensaspekt in der LHS formuliert worden. Vielmehr habe man sich auf die territorialen und energetischen Themen begrenzt. Außerdem müssten jedoch weitere Aufgabenstellungen behandelt werden: Die eingekauften Waren seien bislang in der Betrachtung nicht enthalten. Beispielsweise sei in der Vorlage aufgeführt, die Gruppe solle eine Ernährungsstrategie für die StadtRegion Stuttgart erstellen. Da noch kein Personal hierfür vorhanden sei, sei eine Debatte über dieses Thema verfrüht. Wie von StR Sauer erwähnt, seien die Mittel für dieses Projekt im vergangenen Haushaltsbündnis bereits freigegeben worden. Angesichts der umfassenden Diskussion über den Flächenverbrauch im Wohnungsbau und der Auseinandersetzung darüber, keine Flächen in den Außenbezirken hierzu zur Verfügung zu stellen, müsse im Rahmen der Verhältnismäßigkeit darüber diskutiert werden, dass 99 % der Flächen von der Landwirtschaft verbraucht würden. So sei es wesentlich entscheidender, in Richtung der Biodiversität und hinsichtlich des Energiefressers Landwirtschaft zu diskutieren und den Impact auf das Klima und die Zukunftsfähigkeit der Stadt zu legen.

StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) betont, bei den Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft handle es sich hauptsächlich um Methan und Lachgas, wogegen die CO₂-Emissionen hierbei keine wesentliche Rolle spielten. Der umfassende Flächenverbrauch vor allem aufgrund der Tierproduktion trage massiv zum Artensterben bei, da Lebensräume für die Natur vernichtet würden. In der Gemengelage von Klimakrise, Ukrainekrieg und Weizenexportstopps von diversen wichtigen Exporteuren bestehe das gravierende Problem, dass durch den enormen Mehraufwand

für die Tiererzeugung dagegen Anbauflächen für die Proteinproduktion (auf globaler Ebene u. a. Weizen, Reis und Mais) für die Welternährung nicht zur Verfügung ständen. Diese Faktoren würden in der Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen und dürften nicht unterschätzt werden. Derzeit bestünden interessante Kennzeichnungen für klimatische Fußabdrücke von Gerichten in Restaurants, was zu einer Verbesserung der Ernährung hinsichtlich dieser klimatischen Fußabdrücke führe. Am geeignetsten solle die Speisekarte in der Art geordnet werden, oben zunächst die Gerichte mit dem geringsten Fußabdruck aufzuführen und unten diejenigen mit dem größten Fußabdruck. Um dieses in der Praxis umsetzen zu können, müssten alle Akteure wie u. a. das Land und die Gaststättengesetzgeber miteinbezogen werden. Es sei jedoch unklar, ob dies auf Dauer ausreichen werde.

Die Grillsaison sei eröffnet, und die Bevölkerung lege massenhaft billiges Rindfleisch auf ihre Grills, so StR Ozasek (PULS). In diesem Zusammenhang sei es positiv, in der heutigen Sitzung über das Thema Ernährung zu diskutieren. Dabei könne er die Ausführungen von Herrn Kohlmeyer unterstützen: Der Klima-Impact der Ernährung sei immens, und es müsse sich mit diesem Aspekt intensiver beschäftigt werden. Insgesamt müsse das Thema der Bodenbewirtschaftung und der Bodengüte betrachtet werden. Fruchtbarer Boden stelle die endlichste Ressource dar und lasse sich in menschlichen Betrachtungszeiträumen nicht vermehren. Daher sei jeder Quadratmeter versiegelter Boden ein Verlust an Bodengüte. Der Abbau humoser Schichten und die Störung des Phosphatkreislaufs stelle ein enormes Problem dar. An StR Dr. Jantzer gewandt betont der Stadtrat, die umfassende Neubebauung auf fruchtbaren Böden und Wiesen sei ebenso dramatisch, da hier eine immens hohe Bodengüte vorliege. Straßenbau, Einfamilienhaussiedlungen sowie Industrieansiedlungen bringen in der Stadt einen riesigen Verlust an fruchtbaren Böden mit sich, über die andere Regionen der Welt nicht verfügten. Daher stelle der Umgang mit diesen Ressourcen eine Frage der globalen Gerechtigkeit dar. Er unterstütze die Inhalte der von Herrn Kohlmeyer dargestellten Präsentation, könne jedoch diese Aspekte nicht in der Vorlage 203/2022 wiederfinden. Dies betreffe die erwähnten zentralen Punkte wie ökologischer Landbau, Biodiversität, klimafreundliche Ernährung sowie Lebensmittelverschwendung. Falls der Vorlage in der heutigen Sitzung zugestimmt werde, stelle sich die Frage, ob die in der Präsentation dargestellten Ziele oder die Inhalte der Vorlage beschlossen würden. Ein weiteres Problem liegt für den Stadtrat im Bereich des ökologischen Landbaus. Aus dem SDG-Bericht 2020 (Sustainable Development Goals) gehe hinsichtlich des Indikators 2.2 "Ökologische Landwirtschaft" hervor, dass in diesem Bereich in der LHS seit dem Jahr 2007 (Beginn der qualifizierten Erhebung in der Statistik) keinerlei Fortschritte zu verzeichnen seien. Während die Fläche der ökologischen Landwirtschaft 10,5 ha im Jahr 2007 betragen habe, seien dies nun lediglich 10,3 ha Fläche. Es sei bekannt, dass die Umstellung des städtischen Weinguts auf Bioland-Zertifizierung hierzu einen erheblichen Fortschritt beigetragen habe. Offenbar sei daher der Anteil des ökologischen Landbaus in der privaten Landwirtschaft eher rückläufig. Die PULS-Fraktionsgemeinschaft habe in den Haushaltsplanberatungen im Jahr 2021 den Antrag Nr. 1111/2021 (Umstrategie ökologische Landwirtschaft) eingebracht. An StR Winter (90/GRÜNE) gewandt, betont StR Ozasek, es habe in der Diskussion eine Verständigung in der Frage bestanden, wie diese Strategie in den Ernährungsrat StadtRegion Stuttgart einfließen solle. Nach seiner Auffassung bilde sich dieser im Konsens gefasste Arbeitsauftrag in der Vorlage jedoch nicht ab oder sei verwaltungsseitig nicht richtig aufgenommen worden. Er äußert die Bitte, die Verwaltung solle die im Antrag Nr. 1111/2021 beinhaltete Fragestellung, wie der Anteil des ökologischen Landbaus in der LHS ausgeweitet werden könne, als Arbeitsauftrag mitaufnehmen. Dies betreffe insbesondere die städti-

schen Pachtflächen für Obst- und Weinbau sowie die Landwirtschaft. In diesen Bereichen bestünden Hebel und Steuerungsmöglichkeiten über die Überlassungs- und Nutzungsverträge sowie die Pachtmodalitäten. Ebenso müsse die Frage nach Anreizmodellen gestellt werden, um für die Betriebe diese schwierige Übergangsphase mitabzubilden. An der Förderung durch das Land bestehe die Kritik, die Höhe der Förderung sei nicht ausreichend. Ebenso sei der Aspekt der Stärkung der regionalen Produktion und Vermarktung wichtig. Mit dieser Fragestellung solle sich mit Bezug auf die städtische Wirtschaftsförderung befasst werden. Das Prinzip der Regiomaten (Verkaufsautomaten zum direkten Lebensmittelvertrieb) könne in Hofläden umgesetzt werden oder eine Möglichkeit darstellen, in den zahlreichen Unterversorgungsgebieten der Stadt eine Versorgungsinfrastruktur zu schaffen, welche sich vor allem aus regionaler Produktion speise. StR Ozasek schlägt als wichtiges Signal vor, in der städtischen Kantine kein Rindfleisch mehr anzubieten. Die bereits vorhandene vegane Option sei sehr zu begrüßen.

StR Zaiß (FW) betont, zunächst müsse der Bevölkerung klargemacht werden, welches Verbrauchsverhalten sie an den Tag legen solle, bevor stets die Landwirtschaft kritisiert werde. Diese sei am Minimum ihres Verdienstes angelangt und werde gezwungen, ihre Produktion auszuweiten. Nicht nur in der LHS, sondern ebenso aus globaler Sicht solle die Landwirtschaft immer mehr Produkte zu immer geringeren Preisen erzeugen, da die Verbraucher für Lebensmittel lediglich wenig Geld bezahlen wollten. Deutschland sei eines der Länder, in denen die Preise für Lebensmittel am günstigsten seien. In dem Moment, in dem sich beispielweise die Brötchenpreise aufgrund der Reduzierung der Getreidemenge durch den Ukrainekrieg etwas verteuerten, forderten die Verbraucherverbände einen Zuschuss, da sich die Bevölkerung kein Brot mehr leisten könne. Die Landwirtschaft, die einsparen solle und von ihrem noch bestehenden Gewinn Abgaben leisten solle, werde kritisiert. Dabei würden Vorschriften bezüglich einer ausschließlich biologischen Feldbewirtschaftung erlassen, obwohl bei dieser ein höherer Aufwand entstehe und der Ertrag wie auf dem Niveau der konventionellen Landwirtschaft gesunken sei. Die Endkundenpreise bei biologisch erzeugten Nahrungsmitteln seien mindestens in dem Maß wie bei konventionell erzeugten Lebensmitteln gesunken. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe habe sich weiter reduziert, und die schwierigen Lagen könnten heutzutage nicht mehr bewirtschaftet werden. Im Hinblick auf den Weinbau müsse betrachtet werden, wo die Steillagenweinberge überhaupt noch verblieben. Diese seien nicht bewirtschaftbar, da hieraus kein Ertrag entstehe. Es bestehe nicht lediglich ein Ernährungsproblem, sondern ein Problem bezüglich der Bereitschaft, ausreichende Gelder für Lebensmittel auszugeben. Falls sich die Lebensmittel verteuerten, werde keine Lebensmittelverschwendung im bisherigen Ausmaß stattfinden.

Es sei ein Problem, so StR Köhler (AfD), dass das Preisbewusstsein der Bevölkerung in einen marktwirtschaftlichen Kontext eingebunden sei. Die in der Präsentation dargestellte Projektierung gehe seiner Auffassung nach nicht von Zwangsmitteln aus, sondern eher von Aufklärungsarbeit. Bei allem Wunsch nach einer stärkeren Regionalisierung und Ökologisierung der gesamten Ernährungsweise werde dies durch eine nicht veränderbare marktwirtschaftliche Orientierung verhindert, da letztendlich der Lebensmittelpreis für die größten Teile der Bevölkerung entscheidend sei. Insgesamt komme es verbreitet immer mehr zu Problemen durch Verpackungsmüll von Fastfood-Produkten. Diese Entwicklungen widersprächen den angestrebten Zielen der Aufklärungsarbeit des Ernährungsrats.

StRin Munk betont, diejenigen Stadträtinnen und Stadträte, die mit einem konkreten Thema oder Projekt befasst seien, verfügten über das entsprechende diesbezügliche Fachwissen. Um alle Stadträte*innen in die Thematik besser einzubinden, schlägt sie vor, einen Anhang an die jeweilige Vorlage anzufügen. An StR Zaiß gewandt betont StRin Munk, der Aufbau eines Netzwerks und einer Logistik, worüber die Landwirte dem Preisdiktat der riesigen Lebensmittelkonzerne eigene Strukturen entgegensetzen könnten, sei eine wichtige Zielsetzung. Ein weiteres Ziel sei eine Abnahmegarantie ohne Preisdiktat. Die regionale Produktion bringe kurze Transportwege und einen auskömmlichen Preis für gute Ware mit sich. Bei der Vernetzung sei Herr Dr. Brust (Kreisvorsitzender des Bauernverbands Stuttgart e. V.) eingebunden, und dieser Vernetzungsaspekt sei ein wesentliches Thema des Ernährungsrats.

Die Realität sehe bedauerlicherweise anders aus, entgegnet StR Zaiß.

StR Currle (CDU) betont, seine Fraktion habe der Vorlage 203/2022 zugestimmt. Dennoch habe die Darstellung der Vorlage einige Fragen aufgeworfen. So habe Herr Kohlmeyer von dem Aspekt der Waldrodung gesprochen. Nach seiner Kenntnis sei auf der Stuttgarter Gemarkung wegen Ackerbaus oder der Nahrungsmittelproduktion kein einziger Quadratmeter Wald gerodet worden. In Bezug auf das Thema Waldrodung seien andere Regionen auf der Erde betroffen. Herr Kohlmeyer betont, bei dem Aspekt der Waldrodung handle es sich um eine internationale Betrachtung. Zudem verwunderten ihn die negativen Aussagen über Rindfleisch und Milchprodukte sehr, so StR Currle. Es stelle sich die Frage, mit welchen Verfahren die in der LHS vorhandenen Grünlandflächen genutzt würden, falls keine Rinder mehr vorhanden seien. Er könne sich vorstellen, im Rahmen des unter TOP 1 dargestellten Pflanzenkohleprojekts das Gras zu vergasen und somit statt schlussendlich Milch zu erzeugen Energie zu produzieren. Der Stadtrat warnt angesichts der sehr guten Böden in der Stadt ausdrücklich vor einer Versiegelung dieser Böden durch PV-Anlagen. Offenbar finde die Diskussion über dieses Thema ein Jahr zu früh statt. Dieser Aspekt könne in einem Jahr vor dem Hintergrund des derzeitigen Ukrainekriegs mit der Problematik der Getreideimporte wieder aufgegriffen werden, und man werde zu diesem Zeitpunkt über völlig andere Probleme debattieren. Die Billigfleischproduktion werde erst durch billiges Importgetreide möglich. Falls nun in der Diskussion über Ernährung auf ein Umschwenken auf Schweine- und Geflügelfleisch gepocht werde, müsse der Aspekt berücksichtigt werden, dass diese Tierarten im Gegensatz zu Rindern nahezu ausschließlich Getreide zur Fütterung benötigten. Daher passten diesbezügliche Aussagen für den Stadtrat nicht zusammen. Hinsichtlich der regionalen Nahrungsmittelproduktion müssten die wertvollen Ackerflächen erhalten bleiben, und es dürfte nicht beispielsweise auf einer Fläche von 300 bis 500 ha Mais für die Belieferung einer Biogasanlage angepflanzt werden. Nach einer zehnjährigen Nutzung der Böden als Monokultur seien diese ausgelaugt. Daher werde vielmehr eine Fruchtfolge benötigt.

Bei den vergangenen Haushaltsplanberatungen sei ein weiterer Punkt beschlossen worden, so StRin Schanbacher (SPD). Dieser betreffe die Einrichtung eines weiteren Begleitgremiums analog zum Waldbeirat. Auf die Frage der Stadträtin nach dem Zeithorizont der Gründung dieses Gremiums, betont Herr Kohlmeyer, es stelle eine politische Entscheidung dar, ob die Debatte über die Themen in diesem Kreis mit einer kleinen Klausur oder über einen eigenen Beirat stattfinden solle. Herr Kohlmeyer schlägt vor, im Herbst oder im frühen Winter einen Aufschlag in dem Gremium mit den entsprechenden Personen zu machen.

Herr Kohlmeyer betont angesichts der kritischen Anmerkungen über die Landwirtschaft, in der Region Stuttgart und im Land solle die Landwirtschaft eine große Wertschöpfung erfahren. Der Umgang mit und die Wertschätzung von Lebensmitteln sowie die Kultur der Flächennutzung sei beispielsweise in der Schweiz deutlich ausgeprägter als in Deutschland. Das angesprochene Thema "Billig einkaufen" sei keine Kultur, welche in eine lebenswerte Zukunft führe. Ebenso stelle es kein Ziel dar, die Haltung von Rindern auf der Erde zu beenden. In vielen Situationen sei es wichtig, diese Diversität beizubehalten. Die Botschaft solle sein, bis zu welchem Punkt ein sinnvolles, diszipliniertes, konservatives Maß bestehe und ab welchem Punkt ein Bereich der Übertreibung hinsichtlich des Flächenumgangs und der Wertschätzung von Produkten entstehe. Ebenso müssten die zahlreichen in dieser Wertschöpfungskette beteiligten Menschen berücksichtigt werden. Das Konzept des Ernährungsrats greife diese Aspekte sehr gut auf: Dies betreffe zum einen das Thema Wirtschaftsförderung mit einer Personalstelle für den Bereich regionale Landwirtschaft. Hierbei werde besonders der lokale Aspekt betrachtet und die Fragen behandelt, wie die regionalen Betriebe in ihrer Wertschöpfung unterstützt werden. Diese Betriebe sollten in ihrer kleinteiligen Struktur mit einer starken Marke erhalten bleiben. Des Weiteren bestehe eine Personalstelle in der Stadtverwaltung - allerdings noch ohne Budget. In einem Personalauswahlverfahren sei bereits eine ausgezeichnete Person ausgewählt worden, welche das Thema von allen Seiten und sehr gut beherrsche (Produktionsbereich für Lebensmittelunternehmen sowie der Bereich Food-Sharing). Der Ernährungsrat stelle ein Vernetzungsgremium dar, das in die Region hineinwirke und die Bereiche Saisonalität, Regionalität sowie Vernetzung und Vermarktung verantworte. Herr Kohlmeyer gibt zu bedenken, dass die Folien möglicherweise fehlerhaft gewesen seien. Er betont, der auf Folie 6 seiner Präsentation aufgeführte linke Teil betreffe die Personalstelle in der Stadtverwaltung. Hier wolle die Verwaltung entsprechende Aspekte thematisieren und diskutieren. Allerdings werde die Verwaltung keiner Entscheidung vorweggreifen, sondern eine Strategie entwickeln und mit dem Gemeinderat die Themen diskutieren. Die rechte Seite der Folie betreffe die Vorgehensweise des Ernährungsrats. Insgesamt bestünden hiermit aus Sicht von Herrn Kohlmeyer sehr gute, sich ergänzende Bausteine einer ganzheitlichen Strategie.

StR Winter begrüßt den Vorschlag von Herrn Kohlmeyer, eine Schwerpunktsitzung zum Thema Ernährung durchzuführen. Hierfür sei der AKU geeignet, da die Klimarelevanz wichtig sei. Bezüglich der von StR Currie angesprochenen Waldrodungen betont der Stadtrat, diese Rodungen würden in der Tat nicht in der LHS für die Rinderhaltung durchgeführt. Allerdings würde das Rindfleisch aus Argentinien oder Brasilien in einigen Lebensmittelmärkten der Stadt in Massen zu günstigen Preisen angeboten. Das Bewusstsein für ein Alternativverhalten müsse entwickelt werden. Ebenso sollten zusätzliche finanzielle Mittel für eine Öffentlichkeitsarbeit in den städtischen Kantinen zur Verfügung gestellt werden. Es sei in der heutigen Debatte völlig abwegig, im Rahmen der Ernährungsdiskussion Neubaugebiete rechtfertigen zu wollen. Er verspricht sich hinsichtlich des Ernährungsbewusstseins wichtige Impulse des neuen Bundeslandwirtschaftsministers.

Aus seiner Erfahrung als Stadtrat sei ihm bekannt, so StR Ozasek, dass zahlreiche Impulse wegmoderiert würden und in der Verwaltung verloren gingen. Daher erwarte er in der heutigen Sitzung eine Klärung des Haushaltsantrags Nr. 1111/2021 seiner Fraktionsgemeinschaft, wie mit einer Umsetzungsstrategie für die ökologische Landwirtschaft in der Stadt umgegangen werde. Hierzu sei im Konsens ausgesagt worden, die Themen würden im Kontext mit dem Ernährungsrat platziert. Er könne jedoch aus der Rückmeldung nicht herauslesen, dass die Thematik in den Ernährungsrat u. a. aufgrund

der Verfassung einfließen könne. Auf seine Frage, ob die Aufgabenstellung von der neuen Kollegin in deren Berichterstattung im Herbst oder Winter aufgenommen werden könnte, signalisiert Herr Kohlmeyer Zustimmung.

StR Sauer begrüßt die Klarstellungen von Herrn Kohlmeyer zu seiner Präsentation, welche in der Tat etwas missverständlich hinsichtlich der Unterteilung auf Folie 6 gewesen sei. Ebenso sei die geplante Schwerpunktsitzung zum Thema Ernährung positiv zu bewerten, um u. a. die Arbeit des Ernährungsrats dargestellt zu bekommen. Dieser müsse sich zunächst konstituieren, und ein Vertreter der Landwirtschaft nehme an diesem Gremium teil. Es gehe nicht um das Beschimpfen der Landwirtschaft, sondern um eine Berücksichtigung ebenso deren Interessen auf dem Weg zu der Ausarbeitung einer Ernährungsstrategie. Diese solle lediglich einen empfehlenden Charakter und keinen bevormundenden Charakter beinhalten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Thürnau fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt beschließt einstimmig wie beantragt.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
Strategische Planung
S/OB-Mobil
Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
 3. OB/82
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 6. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand